

Fischbach: „Auch die Justiz hat gesellschaftliche Pflichten“

Ombudsman erneuert Forderung nach einem Conseil supérieur de la Justice in der Verfassung

Während in der Abgeordnetenkammer gerade über die jüngste Verfassungsänderung abgestimmt wurde, erneuerte im nicht minder gediegenen Rahmen von Schloss Senningen Ombudsman Marc Fischbach seine Forderung nach einer weiteren Verfassungsänderung zwecks Schaffung eines Conseil supérieur de la Justice. „Luxemburg braucht einen zu den verschiedenen Gewalten in Äquidistanz stehenden Conseil supérieur de la Justice“, so Ombudsman Fischbach. Das Amt des Ombudsman sieht der ehemalige Justizminister dabei – „analog zum Rechnungshof“ – als „eine Art vierte Gewalt“, die ebenfalls in die Verfassung gehöre.

„Auch die Justiz hat als dritte Gewalt im Staat gesellschaftliche Pflichten in einer Demokratie“, begründet Marc Fischbach. Der ehemalige Magistrat fordert gar mehr „Accountability“, also Verantwortlichkeit der Gerichte ein. Die Richter dürften sich jedenfalls nicht länger hinter einer „falsch



Großregionales Ombuds-Netzwerk gestern in Senningen: Vordenker Marc Fischbach fordert von der Justiz „mehr Sorgfalt“.
(FOTO: GUY JALLAY)

verstandenen Unabhängigkeit verschänzen“. Fischbach kritisiert in diesem Zusammenhang auch eine gewisse „Frilosität“ sowie „abweisende Antworten“ der Justiz bei Anfragen seinerseits. Gestern und heute tauschen sich in

Senningen die Ombudsmänner und Ombudsfrauen der Großregion über die jeweiligen Probleme in Justiz und allgemeiner Verwaltung aus. „Unser großregionales Netzwerk funktioniert bereits seit vier Jahren. Wir wollen dabei

über punktuelle, pragmatische Zusammenarbeit hinausgehen“, erklärt Fischbach, der zurzeit den Vorsitz des Ombudsman-Netzwerks innehat. Im Zentrum der Tagesordnung stehen dabei die Justizverwaltung – Fischbach geht es um die Verwaltungsakte der Justiz, nicht um den Inhalt der Urteile – sowie allgemein „best practices“ der verschiedenen Verwaltungen.

„Die Demokratie lebt vom Vertrauen in die Verwaltung“, so Fischbach. Deshalb sei die Verbesserung der Verwaltungspraktiken vital für eine Demokratie. Initiativen wie eGovernment zeigten in die richtige Richtung. Fischbach verweist deshalb auf seinen bereits Justizminister Luc Frieden zugestellten „Code de bonne conduite administrative“. Vor allem brauche es aber ein Umdenken der Verwaltungen. Auch wenn „jahrhundertalte Reflexe“ schwer zu ändern seien, so gibt sich der Ombudsman doch optimistisch: „Das alte Denken verschwindet.“ (ari)